

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Post) 3 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Aufschlaggebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Adamsstr. Dresden-21, Wörlitzstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreifach gefalteten Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Wörlitzstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 3. März 1927

Nummer 52

Kommunisten an der Arbeit

Waffenbewegungen für die Arbeitszeitverkürzung in Deutschland

Von W. Enderle (Berlin)

Zuletzt werden in fast allen Bezirken und Industriegruppen Deutschlands Bewegungen durchgeführt, deren Ziel Verkürzung der Arbeitszeit, Wiederherstellung des Achtstundentages ist. Die Bewegung hat im Oktober vorigen Jahres mit dem Hamburger Schmelzwerk eingeleitet. Sie hat sich im November und Dezember hauptsächlich in der Textil- und Schuhindustrie geäußert. Ende Dezember und im Januar erfolgte dann in der Industrie, hauptsächlich im Bergbau und in der Metallindustrie, Kündigung der bestehenden Arbeitszeitverträge am 31. Januar, 1. März oder 1. April. Eine Anzahl von Tarifvereinigungen ist inzwischen durch die Schlichtungsinstanzen vor dem Streik, Ausperrungen bzw. freie Vereinbarungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erledigt.

In den größten Bewegungen sind zurzeit im Gange. Hier sind die wichtigsten genannt. Im ober-sächsischen Bergbau ist das Arbeitsabkommen am 28. Februar abgelehnt, gefordert die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 1/2 auf 7 1/2 Stunden; im Ruhrbergbau ist das Arbeitsabkommen zum 31. März gekündigt, gefordert wird Einführung der Siebenstundenschicht an Stelle der jetzt geltenden Achtstundenschicht. Zum gleichen Termin läuft auch das Arbeitsabkommen im mitteldeutschen Braunkohlengruben ab. Dort wurde noch im Dezember der Tarif mit der bisherigen Schichtzeit durch Zwangsschiedspruch bis 31. März verlängert. Die Arbeiter fordern unbedingte Einführung der Achtstundenschicht und sind entschlossen, jezt ihre Forderung durch Kampf zu erzwingen. Im Kalibergbau ist der Arbeiter- und Lohnrat ebenfalls zum 31. März gekündigt. Die große Bedeutung ist auch die Kündigung der Lohn- und Arbeitsverträge bei der Reichshöhle, der Reichspost und den Kassen- und Staatsbetrieben zum 1. April.

In der Berliner Metallindustrie ist die Kündigung des Arbeitsabkommens der mehr als 180 000 Metallarbeiter umfaßt, zum 1. April befristet; in der ganzen Metallindustrie bereiten sich die Arbeiter zum Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages und entsprechende Lohnverbesserung beim Ablauf des Abkommens am 1. April vor. Hier ist ein schwerer Kampf um so zu erwarten, als in der Metallindustrie durch tiefste Schlichtungsleistungen in den letzten Monaten nach jahrelanger Kämpfe eine Konjunktur eingeleitet ist. In der sächsischen Metallindustrie, mit Ausnahme des Bezirks Leipzig, wo der Kampf um die Arbeitszeit nach 18-tägigem Streik und Ausperrung vor wenigen Tagen entschieden wurde, läuft der Arbeitsvertrag zum 1. April ab. Ebenso in der Metallindustrie des Mitteldeutschlands.

In den Tarifgebieten: Solingen, Remscheid und Hagen, wo die Arbeiter am 31. Januar gekündigt wurden, sind nach langen Verhandlungen am 28. Februar ein provisorischer Schlichtungsbescheid zwischen den Arbeiter und Arbeitgeber in allen drei Tarifgebieten eine „normale“ Arbeitszeit von 8 Stunden und in den kontinuierlichen Betrieben und Betriebsabteilungen die 56 bzw. 58-Stundenwoche vor. Dieser Schlichtungsbescheid ist um so provisorischer, als in Solingen und Hagen die Arbeiter in einer großen Anzahl von Betrieben in den letzten Wochen durch einschleppende und zielbewusste Arbeit die achtstündige Arbeitszeit erzwungen haben. Die Metallarbeiter haben daher auch diesen Schlichtungsbescheid einstimmig abgelehnt.

In der Textilindustrie ist es den Unternehmern mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen und infolge der reformistischen Taktik der Gewerkschaftsführer bisher gelungen, bei den Arbeitszeitverkürzungen in Thüringen, im Ost- und Westfalen und Sachsen die Forderungen und darüber hinausgehende Arbeitszeit aufrechtzuerhalten, bzw. die alten Tarife um 6 bis 12 Monate zu verlängern. Jedoch wurde das Unternehmertum dabei eine Erfahrung der Höhe von durchschnittlich 6 Prozent zehnjährigen Lohnsteigerung im Mittel- und niederrheinischen Gebiet ein Lohnkampf im Gange, bei dem schon mehrere Tausende von Textilarbeitern im Streik stehen und in den nächsten Tagen über 60 000 aus-perrt werden sollen.

In folgenden deutschen Handwerksbetrieben liefen am 28. Februar die Arbeitsabkommen ab. Es besteht hier zwar eine Vereinbarung zwischen dem Handwerksrat und dem Unternehmerverband, wonach alle Differenzen bei Herabsetzung der Arbeitszeit durch eine zentrale Tarifkommission geregelt werden. Doch ist es sehr fraglich, ob es hierbei gelingt, ohne Kampf in einer Einigung zu kommen.

Außer diesen sind noch viele Hunderte von Tarifkonflikten in allen Berufs- und Industriezweigen im Gange. Erwähnt sei noch die in der chemischen Industrie, in den fünf Hauptgebieten: Braunschweig, a. Marn, Mannheim-Ludwigshafen, Bayern, Mitteldeutschland und Ost- und westdeutsches Gebiet. Sozialistische Bewegungen im Gange sind. Im Frankfurter Gebiet ist schon ein Schlichtungsbescheid gefällig, der eine zehnprozentige Lohnverbesserung enthält. Ob die Arbeiter bzw. die Unternehmer den Schlichtungsbescheid annehmen, steht noch dahin.

Die Taktik der Unternehmer und Schlichtungsinstanzen ist die Termine der fünf Tarifgebiete so auszuweichen zu setzen, daß keine einheitliche Bewegung zustande kommt. Im Saar-gebiet, das durch die dort geltende Kantonsordnung eine ganz autonome Lohnbewegung aufweist als im übrigen Deutschland, verhalten sich, nachdem der Kantonsrat wieder etwas im Auge gefaßt ist und sich befindet hat, die Unternehmer einen Lohnkampf zu erzwingen, obwohl die Reallohn- und heute noch mehr unter den Vorkriegslöhnen stehen. Da die Arbeiter einen Lohnaufbau absehen, droht zurzeit die Ausperrung von mindestens 20 000 Metallarbeitern. Ähnlich liegt es bei den Bergarbeitern und einigen anderen Industriegruppen.

Die Eröffnung des 11. Parteitages der KPD

Essen, 2. März. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Dienstag früh trafen hier ununterbrochen aus allen Teilen des Reiches Delegierte zum 11. Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands ein. Vor dem Hauptbahnhof ist eine Ehrenpforte errichtet, flankiert von zwei flatternden roten Fahnen. Gemeinsam mit den Essener Arbeitern marschierten die einzelnen Delegationen geschlossen zu den Gebäuden der Wärggasse an.

Unter Trommelwirbel, geigten Fahnen legten die Arbeiter aus Berlin und Hamburg, aus Schlesien und Halle zwei Kranze nieder mit dem Kampfspruch des 11. Reichsparteitages der KPD.

Am Abend fand zur Eröffnung des Parteitages ein Massenmeeting statt. Der große Saal des Nordparks ist eine Stunde vor Beginn überfüllt. Ueber den Köpfen der Massen leuchtete die Bilder von Lenin und Stalin, von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ueberall im Saal verteilt, von stammendem Rot umrahmt, Transparente:

Hände weg von China! — Hände weg von Sowjetrußland! — Es lebe der Befreiungskampf des internationalen Proletariats!

Ausländische Gäste sind anwesend, ein chinesischer Genosse, ein Amerikaner. Unsere russische, französische, englische und schweizerische Bruderpartei haben Delegationen geschickt. Die Parteitagdelegierten sind bis zum Abend aus allen Bezirken des Reiches eingetroffen.

Eine Kapelle des Roten Frontkämpferbundes intoniert die „Internationale“; begleitet folgen die Massen alle drei Strophen. Darauf erklärt Genosse Hugo Eberlein im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands den 11. Reichsparteitag für eröffnet. Nach Schluß der Eröffnungsrede erhält Genosse Pief

das Wort. Im Namen des 11. Reichsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt er den 11. Parteitag für eröffnet. Das 11. bezieht die Delegierten, die ausländischen Gäste und die wertvollen Massen des Ruhrgebietes. Hier in dem eigentlichen Herdgebiet des Großkapitals soll der Parteitag die Massen für die wertvollen Massen leuchten. Neue Massen, mit denen die Massen gegen den Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und Kapitaloffensive führen.

Hier, im Hauptgebiet des Zentrums, soll der Parteitag die Massen leuchten, mit denen sich das Proletariat aus der kulturpolitischen und unklaren Umklammerung des Zentrums befreit. Hier in Essen tagte vor zwanzig Jahren der Parteitag der alten Sozialdemokratischen Partei und hier in Essen war es damals Rosa L., der zum ersten Male dem Sozialparteilismus in einer großartigen Rede intervenierte. Hier in Essen vor zwanzig Jahren kam es zu scharfen Kämpfen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins gegen das immer tiefer werdende Vulkantum der Reformisten.

Und hier in Essen sollen jezt die Massen geschmeidet werden, welche zur Befreiung der Arbeiter von der reformistischen und dem Klassenkampf entgegengelegten Ideologie der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer dienen sollen.

Genossen! Wenn wir zu solchen Tagungen unserer Partei zusammenrücken, auf denen wir Rückschau auf geleistete Arbeit halten, um Kritik zu üben und Lehren zu ziehen, die Aufgaben der Partei festlegen, so gedenken wir dabei in erster Linie der Genossen und Genossinnen, die durch den Tod oder durch die Klassenjustiz aus unserer Mitte gerissen wurden. Wir gedenken Lenins, des großen internationalen Führers, wir gedenken Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Leo Juchacz. Wir gedenken ihrer mit dem Gelächern, mit immer härterer Kraft an der Vollendung des Werkes zu arbeiten, das sie einleiteten.

Zu einem prinzipiell und taktisch außergewöhnlich wichtigen Kampf kam es Anfang Februar beim Ablauf des Arbeitsvertrages in Leipzig. Der bisherige Tarif sah eine Arbeitszeit von 52 Stunden pro Woche vor. Die Arbeiter bzw. der Metallarbeiterverband forderten die Einführung der früheren bis 1924 geltenden Arbeitszeit von 46 Stunden pro Woche. Als es in wiederholten Verhandlungen zu keiner Einigung kam, erklärte der DMB den Kampf durch die Arbeitseinstellung von 6000 Metallarbeitern in einer Anzahl von Betrieben. Die Unternehmer riefen den Leipziger Schlichter an, der aber nicht wagte, einen Schlichtungsbescheid zu fällen, weil er einerseits nicht gegen die offensichtlich bestehenden Anweisungen des Arbeitsministeriums, seine Verkürzung der Arbeitszeit auszusprechen handeln wollte, aber andererseits auch unter dem Druck der kämpfenden Metallarbeiter es nicht für geraten hielt, sich für eine Verlängerung des bisherigen Tarifs zu entscheiden. Die Unternehmer bezogen den nunmehr sämtliche Metallarbeiter in Leipzig, soweit sie für den Tarif in Frage kamen, etwa 25 000 Mann, aus und drohen gleichzeitig die Ausperrung in der Metallindustrie ganz Sachsen an. Dadurch wurde entsprechend der Absicht der Unternehmer, der sächsische Landesrat „aufgehoben“. Der Landesrat hat den Kampf der KPD und der Gewerkschaftsbewegung herbeigeführt, der aus der SPD und der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist und jezt Mitglied der KPD ist, war schon immer dafür bekannt, daß er nur Schlichtungsbescheide gegen die Arbeiter und im Interesse des Unternehmertums fällt. Er behält auch in diesem Falle die Diktatur, nicht nur die bisherige 52-Stunden-Arbeitszeit, sondern sogar die 58-Stundenwoche in einem Schlichtungsbescheid. Die Unternehmer nahmen die ein Schlichtungsbescheid sofort an, und als ihn die Arbeiter einstimmig

Den in den Kerkern der Republik schmachtenden Genossen geloben wir, alle Kraft für die Erzwingung einer Generalamnestie einzusetzen. Ich halte fest, daß ihr euch zu Ehren unserer Toten, zu Ehren unserer Eingekerkerten von euren Vätern erheben müßt.

Genossen! In diesen Tagen rufen die Unternehmer zur Verlängerung der Arbeitszeit. Die Konterrevolution rüdt zur Niederschlagung der Arbeiterkraft. Es rüdt die Regierung des Bürgerblods. Eine neue Welle des Faschismus ist im Anmarsch. Es rufen die Imperialisten zu neuen Kriegen. Immer enger wird der imperialistische Ring um die Sowjetunion. Immer jählicher und frecher sind die Maßnahmen gegen China. Dazu kommt die Kriegshetze der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die die Rolle der Handlanger der Imperialisten auch bei dem Sowjet-Granatenschwindel spielen.

Nur die Kommunistische Partei allein vermag gegen diese Kämpfungen auf allen Fronten die Klassenfeinde des Proletariats die Wucht zu organisieren und die Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterkraft zu schaffen, die einheitliche Kampffront aller Werktätigen in Stadt und Land herbeizuführen.

Zur Erfüllung unserer Aufgaben braucht die Partei die Mitarbeit jedes Parteimitgliedes für die Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften, zur Zusammenfassung der Sympathisierenden, die Verbindung mit der Opposition in der SPD und im Reichsbanner, die Stärkung der Opposition unter den aktiven Arbeitern.

Dazu brauchen wir eine einheitliche, geschlossene Partei: Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, die revolutionäre Führerin: die Sowjetunion, die Weltrevolution. Sie lebe hoch!

Nach dem Genossen Pief begrüßt ein Hebel der Kupp-Verke, Genosse Becker, die Delegierten.

Nach dem Genossen Becker betritt der Genosse Eberlein die Tribüne und wört auf die immer größer werdende Gefahr der kapitalistischen Intervention gegen die Sowjetunion hin.

Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.“

Die Delegierten des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Tausende revolutionäre Arbeiter, übermitteln euch die herzlichsten revolutionären Kampfgrüße. Wie sind stolz auf die Macht der proletarischen Offiziere, die sich gerade in diesen Tagen anlässlich der provokatorischen Note Chamberlains neuerdings erwiesen hat. Wir fühlen uns eins mit euch in eurem Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden. Wir werden alle Kräfte aufbieten, um die deutsche Arbeiterklasse auf den Weg Lenins, den Weg der siegreichen Revolution zu führen. Die siegreiche russische Revolution steht in den Millionenmännern des deutschen Proletariats. Nichts kann das eiserne Band der Solidarität und Kampfgemeinschaft zwischen der deutschen und russischen Arbeiterklasse zerreißen.

Es lebe die Kommunistische Partei, der Sowjetunion, die Partei Lenins, die Verkörperung der siegreichen proletarischen Revolution!

Es spricht ein amerikanischer Delegierter, der die Größe der amerikanischen revolutionären Revolution überbringt.

Nach diesem Delegierten spricht ein Mitglied der „Stimmen aus dem Kampf“. Seine Ausführungen wurden mit ungeheurer Wucht angenommen.

Es wird einstimmig eine Begrüßungsadresse an das 11. Reichsparteitag der KPD beschlossen.

Heute begannen die Beratungen, über die wir fortlaufend ausführlich berichten werden.

abgelehnt beantragten sie nach berühmtem Muster, beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung.

Die Unternehmer bezweifelten damit entsprechend der letzten Monate angewandten und im Zusammenhang mit dem Schlichtungsbescheid so früh zum Ausdruck gekommenen Methode durch die Schlichtungsinstanzen den Arbeitern das Streikrecht zu rauben und sie auf „geheimem“ Wege, durch Zwangsschlichtung zum neuen Lohn- und mehrkündigen Arbeitstag bei den denkbar niedrigsten Löhnen zu zwingen. Die Methode hat eine heftige Empörung und Erbitterung bei den Arbeitern ausgelöst, und auch der Gewerkschaftsführer, die dieser Schlichtungsbescheid keinen Widerstand entgegensetzten, ja sie unterkühlten, in immer größerem Mißtraut bei den Massen gebracht. Da es sich nun bei dem Kampf in Leipzig um eine sehr gut organisierte Arbeiterkraft handelt, die nicht gerührt war, sich einem Zwangsschlichtungsbescheid zu fügen und sich das Streikrecht rauben zu lassen, da haben sich die Verbändeleitung des DMB, wie auch der am 15. und 16. Februar tagende DGB-Vorstand unter dem Druck der Massen gezwungen, in ziemlich scharfer Weise gegen die Spruchsprüche der Schlichtungsinstanzen und gegen die Verbindlichkeitsklärung des sächsischen 58-Stunden-Schlichtungsbescheides aufzutreten. Der entschlossene Kampf der Leipziger Metallarbeiter, wie auch der Druck der empörten Massen hatten dann auch zur Folge, daß das Reichsarbeitsministerium die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung ablehnte. Das ist ein prinzipiell außerordentlich wichtiger Erfolg der Arbeiterkraft. Er beweist, daß bei entschlossenem Kampf der Arbeiter und vor allem bei einer entsprechenden Vorkämpfung der Gewerkschaftsstatistik, die gegen das Streikrecht gerichtete Schlichtungspraxis verhindert und unmöglich gemacht werden kann.